



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/187

Bonn, den 14. August 1951

Hinweise  
auf den Inhalt :

Keine Ferien mehr für die Politik	S. 1
Kampf für die Freiheit - Amerika macht ernst	S. 3
FDJ-lor fragen den Westen	S. 4

## Vor schweren Monaten

P.R. Vor gut acht Tagen kam Dr. Schumacher aus seinem Urlaub zurück, in etwa einer Woche wird auch der Bundeskanzler wieder zu Hause sein. Die "Sauregurken-Zeit", die in diesem Jahr eigentlich gar keine war, ist dann endgültig zu Ende, auch wenn im Bundestag selbst noch einstweilen die Handwerker das Regiment führen. Dr. Adenauer wird, um den Höhenunterschied langsam zu überwinden, in Etappen heimkehren, er scheut den allzu schnell zunehmenden atmosphärischen Druck.

Vielleicht hat er auch versucht, den wachsenden politischen Druck, der ihn von vielen Seiten bedrängt, vorbeugend etwas aufzufangen, durch seinen Aufenthalt in Straßburg etwa, danach durch seine Unterhaltungen mit den Vertretern des DGB auf dem Bürgerstock. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob ihm das gelungen ist. In Straßburg wollte er nach seiner Ankündigung im Bundestag die Saarfrage aufwerfen - er hat diese Absicht auf die nächste Sitzung vertagt. Und die Verhandlungen mit den Gewerkschaften haben durchaus nicht eine so günstige Atmosphäre hinterlassen, wie es nach den ersten Verlautbarungen schien. Es ist bei dieser Gelegenheit, wie man hört, speziell nur über drei Fragen mehr technischen Charakters gesprochen, keineswegs aber eine auch nur annähernd gleichartige Linie in der allgemeinen Wirtschaftspolitik gefunden worden.

Die kommenden Monate werden, parlamentarisch-politisch gesehen, eine harte Zeit werden, weil viele Fragen, die schon im Stadium ihrer vorbereitenden Klärung hohe Wellen schlugen, nun endgültig entschieden oder der Entscheidung wesentlich nähergebracht werden sollen. Neben dem kardinalen inneren Problem der wirtschaftlichen Neuorientierung stehen der Schuman-Plan in zweiter und dritter Lesung, die Ablösung des Besatzungsstatutes durch Verträge, die Frage der Besatzungskosten und die weitere Entwicklung in der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages auf der Tagesordnung. Teilweise bestehen zwischen diesen Themen echte Zusammenhänge, teilweise werden sie auch aus politischen Gründen konstruiert. Man wird also nicht umhin kommen, sie, wenn nicht gemeinsam, so doch zu annähernd gleicher Zeit zu beraten. Eine gleichzeitige Lösung erscheint allerdings aussichtslos.

In der Wirtschaftspolitik geht es vor allem um die Fortführung der durch die gesetzliche Verankerung der Mitbestimmung bei Kohle und Eisen eingeleiteten Entwicklung. Gesetzentwürfe zur Sozialisierung sind bei den Gewerkschaften, bei der SPD und, für ein sachlich wesentlich enger begrenztes Gebiet, angeblich auch bei der CDU in Vorbereitung. Die Konturen der kommenden Meinungskämpfe lassen sich nach dem, was voranging, einigermaßen erkennen: Das gründliche und ernsthafte Reformbestreben wird sich mit dem Prinzip der ausweichenden Zugeständnisse und dem der schroffen Ablehnung auseinander zu setzen haben. Und es wird entscheidend wichtig sein, wo schließlich im Parlament die Grenzlinie zwischen diesen drei Auffassungen verlaufen wird.

Womöglich noch schwieriger wird sich die Erledigung der erwähnten außenpolitischen Fragen - Schuman-Plan, deutscher Verteidigungsbeitrag, Ablösung des Besatzungsregimes - gestalten. Dies gar nicht so sehr wegen der komplizierten Neuartigkeit der ganzen Materie, als wegen der Schwierigkeit, einen gemeinsamen geistigen Ausgangspunkt zu finden, eine gleichgerichtete Gesinnung unter allen Beteiligten herzustellen. Anders ausgedrückt: Wegen der Schwierigkeit, mit dem internationalen und europäischen Bekenntnis ohne national-egoistische Vorbehalte Ernst zu machen.

A m e r i k a w i r d h a r t

H.St., Washington, Aug. 51

Eine Zeit lang hatten die Amerikaner auf den "kalten Krieg" mit Angstpsychosen, Massenhysterie und hektischer Nervosität reagiert, was sich z.B. innenpolitisch in wilden Kommunistenhetzen und kindlicher Spionenfurcht auswirkte. Diese Zeit scheint vorbei zu sein. Die Leute sind in ihrer Mehrheit sehr viel ruhiger und gelassener geworden - aber das ist nur äußerlich, denn seelisch sind die Leidenschaften der Ablehnung des Kommunismus, des Widerstandes gegen jegliche Form russischer Aggression und Infiltration und die Ungeduld gegenüber allen "Neutralisten" oder Vermittlern à la Nehru noch genau so brennend und stark wie zuvor.

Hart und unduldsam sind die Amerikaner geworden - in politischer Hinsicht wie in unpolitischer, nach innen wie nach außen. Seit das Oberste Bundesgericht im Frühjahr dieses Jahres in einer folgenschweren Entscheidung bestimmt hat, daß aktive Betätigung für die amerikanische Kommunistische Partei als "Verschwörung" und Vorbereitung zum Hochverrat angesehen werden kann, hat eine Massenverfolgung der gesamten ersten Garnitur der kommunistischen Parteifunktionäre eingesetzt, die nach ihrer Verurteilung zumeist längere Freiheitsstrafen zu erwarten haben. Die Partei als solche ist nicht verboten, auch die bloße Mitgliedschaft in ihr ist nicht strafbar - und sogar bei den aktiven Parteiarbeitern muß die Staatsanwaltschaft in jedem einzelnen Fall nachweisen, daß "Verschwörung" vorliegt, so daß man also von Polizeiterror und zügellosen Kommunistenverfolgungen nicht sprechen kann. Auch eine umfangreiche Aktion des Justizministers, in den Kadern der Kommunistischen Partei und ihrer Frontorganisationen Ausländer zu entdecken und diese dann, was vollkommen legal ist, des Landes zu verweisen, ist in der öffentlichen Meinung auf keinen Widerstand gestoßen. Die Härte der Zeit, das ist die allgemeine Anschauung, erfordert und legitimiert ungewöhnlich harte Maßnahmen.

In der Außenpolitik ist es nicht anders. "Wer nicht für uns ist, ist automatisch gegen uns", sagt die herrschende Meinung, vertreten von der Mehrzahl der Parlamentarier und der Presse. Man nimmt es der indischen Regierung Nehrus übel, daß sie trotz des

praktischen Anschauungsunterrichtes in Korea immer noch eine "Mittler"-Stellung zwischen Ost und West zu spielen sucht, man schüttelt den Kopf über die britische Regierung, die an ihrer diplomatischen Anerkennung Rot-Chinas festhält, sich aber andererseits weigert, dem willkommenen Bundesgenossen Franco die Hand entgegen zu strecken; man steht fassungslos vor dem Phänomen, daß in Frankreich und Italien immer noch ein großer Teil des Volkes kommunistisch wählt (und hat dabei das unbestimmte Gefühl, in diesen Ländern also die Marshall-Plan-Dollars gleichsam zum Fenster hinausgeworfen zu haben); man ist empört darüber, daß so viele, namentlich südamerikanische Staaten, als Mitglieder der UNO zwar dort das große Wort führen, aber keinen einzigen Soldaten nach Korea geschickt haben; und man beurteilt etwa die Spannungen und Krisen in der arabischen und islamischen Welt einzig unter dem Gesichtspunkt, ob und wie die Russen daraus Profit schlagen können.

Man kann über diese Vereinfachung des Weltbildes lächeln und man mag dieses Hartwerden, diese ernste Unduldbarkeit des sonst so entgegenkommend-freundlichen amerikanischen Volksgeistes als übertrieben, unangebracht oder mindestens verfrüht empfinden; - das ändert wenig an der Tatsache, daß diese Haltung für die nächste Zukunft in der amerikanischen Politik wohl dominieren und daher für alle ausländischen Gesprächspartner Amerikas ein wichtiges neues Phänomen sein wird.

+ + +

#### Hinter der FDJ - Fassade

In Westberlin quellen in diesen Tagen die Straßen um die Gedächtniskirche über von den Jungen und Mädchen der FDJ, die einen Blick vor den eisernen Vorhang tun wollen. Aber es sind nicht nur die Schaufenster der Kurfürstendamm-Läden, die Aushangkästen der Kinos, die Stände der Würstchen- und Schokoladenhändler und die amerikanischen Wagen am Straßenrand, um die sich die jungen Menschen drängen. Stärker noch als der Wunsch, einmal eine Probe des westlichen Lebensstandards zu kosten ist für die meisten von ihnen das Bedürfnis, Antwort auf die Fragen zu erhalten, die sie in der Zone mit niemandem besprechen können. Sie erscheinen in Scharen in den Jugendheimen, in den Studios des RIAS, um zu fragen und zu diskutieren.

An diesen Gesprächen habe ich teilgenommen. Die Sorge um die persönliche Sicherheit der jungen Menschen - der SSD hat eine Vielzahl von Spitzeln in die Westsektoren geschickt - verbietet in den Diskussionen jede Erwähnung des Familiennamens oder des Heimatortes der Fragesteller. Man spricht sich mit Vornamen an, diskutiert Probleme, die alle angehen. Gerade dieses Zurücktreten des Allzu-Persönlichen verstärkt die Atmosphäre der Anteilnahme, der inneren Beteiligung, wie sie in gleicher Stärke im Kreise der westdeutschen Jugend selten zu spüren ist.

Die erste Frage, mit der jedes dieser Gespräche beginnt: Wann kommt die Vereinigung Deutschlands? Und daraus entwickelt sich eine zweite Frage, die alle FDJ-ler ebenso beschäftigt: Was wird dann mit uns? Werden wir dann durch die Fragebogenmühle einer 'Ent-SED-sierung', nämlich der Entnazifizierung, gedreht? Wird man uns generell abschreiben, weil wir heute das blaue Hemd tragen, oder wird man den Menschen beurteilen?

Viele der Jungen und Mädchen möchten auswandern. Nach Kanada, nach Südamerika - nichts mehr hören von for Politik, der Auseinandersetzung entgehen. Aber der Hinweis, daß ein solches Resignieren eine Selbstaufgabe bedeute und dem Kommunismus sein Spiel in Mittel- und Ostdeutschland erleichtere, findet lebhaft Zustimmung unter der Mehrheit der Zuhörer. Das stimmt hoffnungsvoll.

Auch über persönliche Pläne hinaus ist das Interesse an der sozialen und wirtschaftlichen Situation des Westens allgemein. Die Fragen: Wie lebt der Arbeiter im Westen? Gibt es eine Gewerkschaftsbewegung in Amerika? Stouert der amerikanische Kapitalismus in eine neue Krise? kehren immer wieder. - Diese jungen Menschen, das ist die Gewißheit, die Diskussionen und dutzende von Einzelgesprächen geben, gehören zu uns. Sie suchen die Verbindung mit der Freiheit und eine Wahrheit, die ihnen die Kraft zum Ausharren gibt.

Jürgen F. Warner

+ + +